

Bern, 7. Mai 2012



Eidg. Steuerverwaltung

Eigerstrasse 65

3003 Bern

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative 09.503 „Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen“

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur vorgeschlagenen Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgabe (Pa. Iv. 09.503 „Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen“), die wir gerne wahrnehmen:

Die SP Schweiz lehnt die Abschaffung der Emissionsabgabe ab und unterstützt daher den entsprechenden Minderheitsantrag für ein Nichteintreten auf die vorgeschlagene Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgabe.

Grundsätzlich wird von der SP in Zweifel gezogen, dass die Mindereinnahmen nur rund 240 Millionen Franken betragen und dass aufgrund der Streichung der Emissionsabgabe mit einem „tendenziell positiven“ Wachstumseffekt (Erläuternder Bericht) gerechnet werden darf. Die jüngsten Erfahrungen mit der Unternehmenssteuerreform II haben erneut gezeigt, wie häufig die effektiven Ausfälle massiv höher ausfallen als ursprünglich prognostiziert. So ist zu erwarten, dass durch die Abschaffung der Emissionsabgabe auch die Einnahmen bei der Verrechnungs- und Gewinnsteuer sinken werden: Ohne Stempelabgabe dürften die Unternehmen ein finanzielles Interesse erhalten, mittels hoch veranschlagter Sacheinlagen das Abschreibungspotenzial zu erhöhen.

Ferner bezweifelt die SP, dass die finanziellen Einbussen durch die Abschaffung der Emissionsabgabe automatisch durch die erhofften Wachstumseffekte kompensiert werden. Die Emissionsabgabe ist kein entscheidender Standortfaktor und es ist deshalb illusorisch, wegen der Abschaffung zusätzliche Firmengründungen zu erwarten. Das gilt umso mehr, als der Freibetrag eine Million Franken beträgt und somit kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bereits weitestgehend von der Emissionsabgabe befreit sind.

1

Aus Sicht der SP grenzt es an Zwängerei, dass nach mehreren Senkungen der Abgabe sowie der Erhöhung des Freibetrags nun die Steuer ganz abgeschafft werden soll. Vor allem muss eine weitere Steuersenkung zugunsten der Unternehmen und zulasten der Allgemeinheit klar Teil einer steuerpolitischen Gesamtschau unter Einbezug aller anderen geplanten Vorlagen sein.

Wird aber auf einer entsprechenden Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgabe beharrt, so verlangt die SP im Sinne des eingereichten Minderheitsantrags zu Artikel 53a eine Kompensation der Mindereinnahmen, die aus der vorliegenden Gesetzesrevision resultieren.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Christian Levrat
Präsident



Stefan Hostettler
Generalsekretär a.i.